

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

31. Mai – 06. Juni 2025

Emmanuel Macron hat den brasilianischen Staatspräsidenten Lula am 5. Juni zu einem Staatsbesuch in Paris empfangen. Es ist der erste Staatsbesuch eines brasilianischen Präsidenten in Frankreich seit 2012 und findet wenige Monate vor der von Brasilien organisierten COP30 im November 2025 statt. Während der Pressekonferenz forderte der brasilianische Präsident Emmanuel Macron auf, das Mercosur-Freihandelsabkommen „abzuschließen“. Paris lehnt das Abkommen in seiner derzeitigen Form jedoch strikt ab: „Dieses Abkommen (...) stellt ein Risiko für die Landwirtschaft der europäischen Länder dar“, betonte Macron erneut. Lula sprach auch über die Anerkennung eines palästinensischen Staates, die seiner Meinung nach „eine moralische und menschliche Pflicht“ sei. Brasilien hat bereits 2010 einen palästinensischen Staat anerkannt. In Bezug auf die Ukraine betonte Emmanuel Macron, dass die russische und die ukrainische Kriegspartei nicht gleichgestellt werden dürfen. Macron betonte, dass Brasilien bei der Suche nach einer Lösung des Konflikts „eine sehr wichtige Rolle“ zu spielen habe. Lula war bei den Feierlichkeiten am 9. Mai in Moskau anwesend.

Drei serbische Männer, die im Verdacht stehen, in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai in Paris fünf jüdische Stätten – darunter das Holocaust-Mahnmal – mit grüner Farbe besprüht zu haben, sind wegen Sachbeschädigung inhaftiert worden. Die Männer wurden im Département Alpes-Maritimes festgenommen, als sie das Land verlassen wollten. Laut einer mit dem Fall vertrauten Quelle ziehen die Ermittler eine Destabilisierungsoperation aus dem Ausland in Betracht, ähnlich wie bei der Aktion „Rote Hände“ im Mai 2024. In diesem Fall wurden drei Bulgaren Ende letzten Jahres angeklagt und in Untersuchungshaft genommen.

Der Sieg von Paris Saint-Germain in der Champions League wurde durch den Verlust von zwei Menschenleben und heftige Ausschreitungen überschattet. In der Nacht von Samstag auf Sonntag starben zwei Menschen: ein 17-jähriger Jugendlicher in Dax und ein Mann in Paris. Zudem wurden 559 Personen festgenommen, wie das Innenministerium angab. In der Nacht waren mehr als 5.000 Polizisten und Gendarmen im Einsatz. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen sprach sich Justizminister Gérald Darmanin für die Abschaffung der Bewährungsstrafe bei jeder „Aggression gegen einen Vertreter des Staates“ aus: „Wir müssen das Gesetz radikal weiterentwickeln, indem wir die obligatorischen Strafverbesserungen und die Bewährung abschaffen und per Gesetz eine systematische Mindestverurteilung einführen, sobald die Schuld anerkannt ist“, so Darmanin. Auch Präsident Macron verurteilte die Unruhen beim Empfang der PSG-Mannschaft im Élysée-Palast: „Diese Vorfälle sind sehr ernst und inakzeptabel. Die Antwort des Staates wird entsprechend ausfallen. Wir werden bestrafen, wir werden unerbittlich sein.“

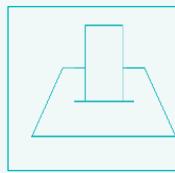
Ein 53-jähriger Franzose hat gestanden, am 31. Mai einen tunesischen Nachbarn erschossen und zwei türkische Nachbarn angegriffen zu haben. Er handelte offenbar aus rassistischen und antimuslimischen Motiven, bestritt jedoch bei der Vernehmung ein terroristisches oder rassistisches Motiv. Die auf Terrorismus spezialisierte Staatsanwaltschaft hat dennoch ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes mit terroristischem Hintergrund eingeleitet, ein Novum in Frankreich bei einem mutmaßlich rechtsextremen Täter. Innenminister Bruno Retailleau bezeichnete die Tat als „eindeutig rassistisch und antimuslimisch“. Der Angreifer hatte zuvor auf Facebook Hassvideos gegen Muslime veröffentlicht und sich dabei auf die französische Nationalflagge berufen. Nach der Tat brüstete er sich in weiteren Videos mit seinen Angriffen. Auf seinen Onlinekonten fanden sich zahlreiche fremdenfeindliche Inhalte sowie Sympathiebekundungen für die rechtspopulistische Partei Rassemblement National (RN).

Finanzminister Eric Lombard hat sich in einem Fernsehinterview zum Haushalt 2026 geäußert. Dies geschah sechs Wochen vor dem von der Regierung für die Vorlage ihrer Haushaltspläne gesetzten Termin. Um ihre Zielvorgaben für die Senkung des Staatsdefizits bis 2026 zu erreichen, plant die Regierung, 40 Milliarden Euro einzusparen. Im Einzelnen erklärte Lombard, dass keine Steuererhöhungen geplant seien und betonte, dass man sich um Stabilität bei den Pflichtabgaben bemühe. „Was wir in Frankreich haben, ist nicht ein Problem der Pflichtabgaben oder der Höhe der Steuern (...), sondern ein Problem der öffentlichen Ausgaben“, sagte er und bekräftigte noch einmal, dass es keine Steuererhöhung geben werde.

Innenminister Bruno Retailleau, der gegen die Reform des Wahlmodus für die Parlamentswahlen ist, droht Premierminister François Bayrou indirekt mit seinem Rücktritt. Am 2. Juni war Retailleau als Parteichef der Républicains gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden der Partei in der Nationalversammlung und im Senat, Laurent Wauquiez und Matthieu Darnaud, zu Gesprächen über die Wahlrechtsreform beim Premierminister. Laut Retailleau brauchen die Institutionen der Fünften Republik „eine Mehrheit, um gut zu funktionieren“. „Die Zersplitterung, die das Verhältniswahlrecht mit sich bringen würde, ist in Wirklichkeit zutiefst destabilisierend für das Land“, fügte er hinzu. Als Innenminister werde er „diese Art von Reform nicht mittragen“. Auf die Frage, ob er die Regierung verlassen werde, sollte die Reform zur Debatte stehen, schloss er diese Möglichkeit nicht aus. „Alle Optionen sind offen“, sagte der Innenminister.

Die Nationalversammlung hat am 2. Juni, einstimmig einem Gesetzesvorschlag von Gabriel Attal zugestimmt, der „Alfred Dreyfus in den Rang eines Brigadegenerals erhebt“. Dieser „Akt der Wiedergutmachung“ soll seine Rehabilitierung 130 Jahre nach seiner Verurteilung vollenden. 1894 wurde der jüdische Offizier Hauptmann Alfred Dreyfus (1859-1935) aufgrund falscher Anschuldigungen, die durch den in der französischen Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts tief verwurzelten Antisemitismus genährt wurden, wegen Hochverrats verurteilt und ins Zuchthaus auf der Teufelsinsel in Französisch-Guayana deportiert. Im Jahr 1906 wurde er durch ein Urteil des Kassationsgerichtshofs von seiner Schuld freigesprochen, was ipso facto seine Wiederaufnahme in die Armee zur Folge hatte. Im Anschluss daran wurde er per Gesetz zum Schwadronschef ernannt. Eine „Ungerechtigkeit“, so der Berichterstatter des Gesetzes, Charles Sitzenstuhl, denn dies bedeutete, dass seine Karriere um „fünf Jahre Beförderung“ gekürzt wurde.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Olivier Faure bleibt Erster Sekretär der *Parti Socialiste*. Der derzeitige Erste Sekretär, der seit April 2018 im Amt ist, setzte sich gegen seinen Herausforderer Nicolas Mayer-Rossignol durch und tritt damit seine vierte Amtszeit als Parteivorsitzender an. Im zweiten Wahlgang während des Parteitags der Sozialistischen Partei setzte sich der amtierende Erste Sekretär mit 50,9 % der Stimmen gegen den Herausforderer durch, der 49,1 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Olivier Faure dankte den Mitgliedern, die ihm erneut ihr Vertrauen ausgesprochen hatten. Auf X fügte er hinzu: „Ab morgen werden wir die im Jahr 2018 begonnene Arbeit fortsetzen, um die Dynamik zu verstärken, mit einer sozialistischen Partei, die im Herzen der Linken verankert ist.“

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	1

DIE ZAHL DER WOCHE

82%

Laut einer Odoxa-Backbone Consulting-Umfrage für die Tageszeitung Le Figaro glauben acht von zehn Franzosen (82 %), dass der Macronismus Emmanuel Macron nicht überleben wird, während nur 40 % der Meinung sind, dass er überhaupt eine echte politische Strömung darstellt. Außerdem würden nur 17 % derjenigen, die 2017 oder 2022 im ersten Wahlgang für den Staatschef gestimmt hatten, eine erneute Stimmabgabe für ihn im ersten Wahlgang einer der nächsten Präsidentschaftswahlen in Betracht ziehen, wenn er erneut antreten könnte. Ein großes Problem des Macronismus scheint auch das Fehlen einer Führungsperson für die kommenden Wahlen zu sein. Von den führenden Politikern setzt sich keiner mehrheitlich ab: Zwei Vertreter des linken Flügels des Macronismus erhalten gute Zustimmungswerte, sind aber weit von der Mehrheit entfernt: Es handelt sich um die ehemaligen Premierminister Gabriel Attal (45 %) und Elisabeth Borne (35 %). Ihnen folgen der ehemalige Premierminister Édouard Philippe (31 %), Justizminister Gérald Darmanin (27 %) und die Vorsitzende der Nationalversammlung Yaël Braun-Pivet (22 %).